



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 038 894

P/X/242 - 19.10.1955

Hinweise
auf den Inhalt:

Nach der "Haltet-den-Dieb"-Methode	S. 1
Heftige Armee-Diskussion in der Schweiz	S. 3
Um den Schutz der Bergleute/Landtagsdebatte in NRW	S. 4
Zur konjunkturpolitischen Debatte in Berlin	S. 5a
Pankower Verlegenheiten	S. 6

Ablenkungsmanöver im Fall Blankenhorn-Schmeisser

W.P. Alle Hebel der Regierungspropagandamaschine scheinen in Bewegung gesetzt zu sein, um das Odium des Zwielfichtigen im Verhalten der Nebenkläger im Prozess Blankenhorn-Schmeisser abzuschwächen. Der CDU nahestehende "vertrauliche" Informationsdienste und auch Zeitungen geben sich alle Mühe, von den sensationellen Beschuldigungen gegen Adenauer, Blankenhorn und Reifferscheidt hinsichtlich ihrer früheren Beziehungen zum französischen Geheimdienst abzulenken und die Dinge so darzustellen, als ob die Klärung der Art und Weise, wie der Schmeisser-Bericht den Weg in die Öffentlichkeit gefunden hat, also ein rein technischer Vorgang, gleichzeitig auch zur "gerichtlichen Aufklärung des Falles Schmeisser" führen könne. An den Wahrheitsbeweis zu den gegen Adenauer, Blankenhorn und Reifferscheidt erhobenen sensationellen Beschuldigungen scheint man dabei jedoch nicht zu denken.

Die regierungsoffizielle "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise" ist für die Vernebelung der Affäre besonders eingespannt. Sie brachte eine in geradezu unglaublicher Weise gefärbte und unsachliche Darstellung der Hintergründe des Prozesses, die die damals beklagten "Spiegel"-redakteure veranlasste, eine "Erklärung in eigener Sache" abzugeben. Darin wird festgestellt, dass der Prozessvertreter der Nebenkläger in Gegenwart von vier Anwälten und darüber hinaus des "Spiegel"-Herausgebers zugesichert habe, dass das Verfahren gegen Ziebell, eines in dem Prozess ebenfalls Angeklagten, gegen den das Verfahren aus formalen Gründen abgetrennt wurde und der der Beihilfe zur Veröffentlichung der

19.10.1955

Schmeisserschen Behauptungen beschuldigt wurde, ebenfalls beendet würde, wenn dieser eine ähnliche Erklärung abgäbe, wie die übrigen Angeklagten. Im Übrigen behauptet der "Spiegel", dass der Bundeskanzler gegen Ziebell überhaupt keinen Strafantrag gestellt habe. Die Behauptung, der Schmeisser-Prozess sei abgebrochen worden, um Ziebell wirksamer belangen zu können, sei daher eine nachträgliche Erfindung.

Nachdem von der Bundesregierung schon nach dem überraschenden Ende des Prozesses darauf aufmerksam gemacht wurde, dass der Strafantrag Dr. Adenauers gegen Ziebell ja nicht zurückgenommen worden sei, hat das Bundespresseamt zu der Erklärung der "Spiegel"-Redakteure Stellung genommen und die darin enthaltene Feststellung, dass der Strafantrag des Bundeskanzlers sich nicht auf Ziebell beziehe, als "irrig" bezeichnet. Die Antragsteller legten nach den Worten des Regierungssprechers sogar Wert darauf, dass das Verfahren so schnell wie möglich durchgeführt würde.

Für die Öffentlichkeit ist es erstaunlich und überraschend, dass die von dem früheren französischen Agenten Schmeisser beschuldigten CDU-Funktionäre ein so auffallendes Interesse an der Randfigur Ziebell zeigen. Dagegen wartet man bis heute vergeblich darauf, zu erfahren, ob denn nun die Behauptungen Schmeissers der Wahrheit entsprechen. Wenn die "Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise" darauf anspielt, dass einem Betroffenen, über den eine ungünstige Information beim Verfassungsschutz eingegangen sei, eine Klarstellung ermöglicht werden müsse, so wäre doch gerade in dem von den Nebenklägern abgebrochenen Prozess eine ausgezeichnete Gelegenheit hierzu gewesen. Und wenn es in der ADK-Information ferner heisst, man sehe keinen Grund, die Tatsache zu bestreiten, dass die Zusammenarbeit mit den Siegermächten eine Notwendigkeit war, so hätte doch vor Gericht leicht Aufklärung darüber geschaffen werden können, wie weit diese Zusammenarbeit im Falle der damaligen CDU-Führung hinsichtlich ihres Verhältnisses zu den Franzosen offenbar gegangen ist.

Der damalige Rückzug und der jetzige Versuch, den Fall Blankenhorn zu einem Fall Ziebell zu machen, erscheint in der Öffentlichkeit allgemein als ein peinliches Ablenkungsmanöver nach der Methode "Haltet den Dieb!" Es dürfte sicher sein, dass sich die Beteiligten keinen guten Dienst erweisen. Im Übrigen bleibt abzuwarten, wie sich der CDU-Vorsitzende und Bundeskanzler Dr. Adenauer zur Grossen Anfrage der SPD verhalten wird, deren Beantwortung nach der gesundheitlichen Wiederherstellung Dr. Adenauers bevorsteht.

* * *

Umstrittene Schweizer Armee-Reform

Von unserem Mitarbeiter aus der Schweiz

Die Notwendigkeit, die Schweizer Armee den durch die Atom-Strategie geschaffenen neuen Verhältnissen anzupassen, hat in der Schweiz zu einer sehr temperamentvollen Diskussion geführt, in deren Mittelpunkt die Frage steht, ob die Schweizer Regierung, der Bundesrat, gewissermassen der Atom-ombe das bisher absolut unantastbar gewesene Prinzip der Miliz-Armee zum Opfer bringen wolle. Bundesrat Chaudet, der Schweizer Wehrminister, hat in mehreren Reden seine Absicht kundgetan, die Schweizer Armee einem Konzentrations-Prozess zu unterwerfen: der Feldarmee soll künftig noch grössere Bedeutung beigemessen werden, sie soll einerseits verkleinert und verjüngt, andererseits an Waffen verstärkt und beweglicher gestaltet, kurz, sie soll "dynamischer" werden. Zweck dieser Reform ist es, eine aus kleinen, starken, beweglichen Einheiten bestehende Feldarmee zu schaffen, die sowohl über die nötigen Panzer wie auch über die nötigen Flugzeuge verfügt - man spricht von einer Vermehrung der Schweizer Flugwaffe von 400 auf 700 Maschinen - und die in der Lage ist, Atomangriffen standhalten.

Nun ist man zwar im allgemeinen durchaus einverstanden mit einer Modernisierung der Schweizer Armee, doch die Art und Weise, wie diese in Angriff genommen werden soll - das Letzte Wort wird selbstverständlich das Parlament haben - hat doch insbesondere jene Kreise in Harnisch gebracht, die bisher in Sachen Armee-Reform immer an vorderster Front standen. Man fürchtet hier, durch eine allzu kategorische Aufteilung der Schweizer Armee in eine "dynamische" Feldarmee und eine "konservative" Armee von Grenz- und Festungstruppen würden zweierlei Klassen von Soldaten geschaffen, und das wäre dem Schweizer Gleichheitsempfinden völlig unerträglich. Vor allem jedoch befürchtet man, dass durch diese Reformen das Prinzip des Miliz-Systems unterhöhlt würde. Wollte man diese Reformen durchführen, so wird argumentiert, so würde sich bald einmal die Notwendigkeit ergeben, eine Berufsarmee aufzustellen, da nur eine solche den Anforderungen gewachsen sein könnte, die an die neue Feldarmee mit ihrem "Dynamismus" gestellt werden müssten. Nun ist es jedoch undenkbar, dass die Schweizer sich mit dem Gedanken einer Berufsarmee vertraut machen könnten, denn man betrachtet hier die Miliz als einen integralen Teil des demokratischen Staatswesens, während man in einer Berufsarmee einen Fremdkörper sehen würde, dem allein schon aus politischen Gründen nicht zu trauen wäre.

Die Befürworter der von Bundesrat Chaudet geplanten Reformen bestrei-

19.10.1955

ten denn auch kategorisch, dass das Miliz-System angetastet werden soll oder dass man beabsichtige, zweierlei Klassen von Soldaten zu schaffen. Teilweise hat sich nun dieser Armee-Diskussion auch der Wahlkampf um die Ende Oktober stattfindenden Parlamentswahlen bemächtigt, was etwas zu der Heftigkeit beitragen mag, mit der diese Diskussion geführt wird. Allerdings wird der heftigste Kampf innerhalb ein- und derselben Partei, nämlich der "Freisinnigen Partei" ausgefochten, in der sich - allerdings nicht zum ersten Male - die "Neue Zürcher Zeitung" und die Basler "National-Zeitung" in die Haare geraten sind. Über die Schweizer Grenzen hinaus ist dabei vor allem die Tatsache von Interesse, dass die Atom-Revolution selbst eine so gut ausgerüstete und in jeder Beziehung so intakte Armee wie diejenige der Schweiz zu grundlegenden Reformen zwingt. Der verantwortliche Wehrminister hat sogar erklärt, man solle lieber überhaupt auf eine Armee verzichten als diese ohne notwendige Anpassung an die neue Situation in den Kampf schicken.

* * *

Sicherheit der Bergleute ist nicht garantiert

G.M., Düsseldorf

Dass für die Sicherheit der Bergleute im Steinkohlenbergbau noch manches geschehen muß, war das eindeutige Ergebnis einer von der SPD beantragten Debatte über Bergsicherheitsfragen am 18. Oktober im Landtag von Nordrhein-Westfalen. In einem Bericht des Parlamentarischen Ausschuss für Grubensicherheit wurde die Betriebsleitung von Zeche Nordstern in Gelsenkirchen für das Schlagwetterunglück am 26. Juni dieses Jahres, das 14 Menschenleben kostete, eindeutig verantwortlich gemacht. Man hatte einen Ventilator stillgelegt und trotzdem unter Tage arbeiten lassen, obwohl die Bergbehörde das ausdrücklich untersagt hatte. Davon wußte aber die Betriebsleitung nichts, weil sie sich gar nicht die Mühe genommen hatte, die Bedingungen des Bergamtes durchzulesen. Spätere Versuche haben eindeutig ergeben, dass nach Abstellung des Ventilators ein explosionsgefährliches Gerisch am Unglückspunkt sich sammelt, nur am Unglückstag hatte das der Aufsicht führende Steiger nicht gemerkt.

In diesem Zusammenhang mußte auch der Sprecher der CDU zugeben, dass Grubenleitungen sich häufig mit der Erteilung von solchen Sondergenehmigungen der Bergaufsicht zufrieden geben, ohne sich um die daran geknüpften Bedingungen zu kümmern. Die Bergämter sind aber so schwach besetzt, dass eine wirksame Kontrolle kaum möglich ist. In Zukunft sollen des-

halb auch die Betriebsräte über solche Sicherheitsauflagen unterrichtet werden. Kritisiert wurde von den meisten Sprechern auch die schwache Stellung der Bergbehörden, die in alten preussischen Handelsministerium eine eigene Hauptabteilung bildeten, im Düsseldorfer Wirtschaftsministerium aber eine von vielen Untergruppen einer Hauptabteilung sind und sich dementsprechend nicht so durchsetzen können, wie es erforderlich ist. Ein Auftrag an die Regierung, technisch und organisatorisch das Notwendige für die Sicherheit im Bergbau zu veranlassen und die Debatte selbst, sind zugleich eine Demonstration des Landtags gegen Versuche des Wirtschaftsministers Mittelhaue von der FDP, über eine kürzlich gebildete Grubensicherheitskommission seines Ministeriums den Parlamentarischen Ausschuss aus der Behandlung dieser Bergbaufragen auszuschalten. Zwei Anträge der SPD dagegen wurden an die zuständigen Ausschüsse verlesen und werden dort vermutlich begraben, nachdem die Sprecher der Regierungskoalition sie abgelehnt hatten. Die Opposition hatte zunächst generell ein Schießverbot in der Kohle selbst gefordert, weil sich in den dadurch entstehenden Spalten gefährliche Gase zu sammeln pflegen, an die der Wetterstrom nicht leicht herankann und die sich dann bei nachfolgenden Sprengungen entzünden. Dadurch starben 1953 auf Grimberg 5 und 1955 auf Norästern 14 Bergleute. Mittelhaue und die Sprecher der Regierungsparteien fürchten jedoch, dass ein Schießverbot in der Kohle zu einem größeren Absinken der Produktion führt. Die angegebenen Zahlen waren jedoch ungenau und deshalb nicht überzeugend. Die Mitteilung des SPD-Sprechers Demand, dass auf Norästern seit dem Unglück ohne Schiessarbeiten sicherer und auch wirtschaftlicher gefördert wird, blieb jedoch unwidersprochen.

Das gleiche Schicksal erlitt ein weiterer SPD-Antrag auf obligatorische Einführung eines Filtergeräts, der es Bergleuten erlaubt, noch aus gasverseuchten Streben zu entkommen. Hier behauptete Mittelhaue die Herstellerfirmen könnten nicht so schnell arbeiten. Eine staatliche Hilfe, wie das sonst oft üblich ist, stellte er jedoch nicht in Aussicht. Im Ganzen war deshalb die Debatte eine Enttäuschung. Die Regierung wird zwar verpflichtet, sich um die Sicherheitsprobleme zu kümmern, sie wird aber nicht angewiesen, ganz bestimmte Richtlinien und Maßnahmen zu treffen. Das wäre notwendig gewesen.

Unlauterer Wettbewerb

rd. Nach der Debatte des Bundestages in Berlin, der sich dort mit den für Berlin selbst höchst uninteressanten Problemen der überhitzten Konjunktur im Bundesgebiet beschäftigte - in Berlin gibt es nämlich keine überhitzte Konjunktur, sondern noch immer eine beachtliche Arbeitslosigkeit -, erhoffen sich die Bundesbürger alsdann eine kräftige Preis- und Steuererleichterung. Sie werden jedoch enttäuscht sein, um was es in Berlin tatsächlich ging und was für sie aus dieser Tagung herauspringt.

Zunächst hatten bekanntlich die Sozialdemokraten mit ihren Anträgen an den Bundestag eine Korrektur des überhitzten Preisniveaus, Senkung der Verbrauchssteuern, die besonders die kleinen Einkommenbezieher belasten, Zollsenkungen, Rentenerhöhungen um etwa 12 1/2 Prozent und eine verbraucherfreundlichere Handhabung der Einfuhr-, Vorrats- und Preispolitik der Bundesregierung gefordert. Diese Anträge sollten der Hebung des Lebensstandards breiter Bevölkerungsschichten und der Förderung der zurückgebliebenen Verbrauchsgütererzeugung dienen. Die Regierungsparteien und auch die Regierung selbst, durch die Konjunkturentwicklung und die günstige Aufnahme der sozialdemokratischen Anträge in der Öffentlichkeit bezwungen, sind sehr bald zu der Geschäftigkeit der SPD in Konkurrenz getreten. Sie haben eigene Anträge, jedoch nur anscheinend denen der SPD ähnlich, mit stark abschwächenden Formulierungen und oft gegenteiliger Wirkung eingebracht. Es wird sehr aufschlussreich sein, wenn sich die Presse in den nächsten Tagen eingehender als es hier geschehen kann, mit den rd. 40 Anträgen und ihrer Wirkung beschäftigen wird.

Doch noch Milchpreiserhöhung ?

Da ist z.B. der Antrag der CDU auf Erhöhung des Milchpreises. Entgegen allen Zeitungsmeldungen ist er bis zu dieser Bundestags-sitzung nicht zurückgezogen worden. Er bezweckt auch nicht, wie behauptet wurde, die Erhöhung des Milchpreises um 4 Dpf., sondern effektiv um 16 Dpf. pro Liter. Da er nur eine Erhöhung des Trinkmilchpreises vorsieht, dem Erzeuger aber für jeden Liter erzeugter Milch einen Mehrertrag von 4 Pfennigen gegeben werden soll, ergibt sich diese Feststellung daraus, dass nur ein Viertel aller Milch im Bundesgebiet als Trinkmilch verbraucht wird. Die Erhöhung des Milchertrages pro Liter um 4 Pfennig würde somit eine Heraufsetzung des Trinkmilchpreises um 16 Pfennig erforderlich machen. Die Sozialdemokraten hatten beantragt, durch Aufhebung der Umsatzsteuer für Milch und Milchprodukte, die voll dem Erzeuger zugute kommen sollte, ohne jede Preiserhöhung die Einnahmen der Landwirte zu erhöhen.

Es ist auch ein wesentlicher Unterschied, ob man z.B. bei Kaffee, Zucker, Salz, Zündwaren usw. die längst antiquierten Verbrauchssteuern völlig abschafft, wie die SPD beantragte, um zugleich mit dem Verbraucher auch den Verwaltungsapparat zu entlasten, oder ob man, wie die Regierung und ihre Parteien nur 'ermässigen' will. Man hat erklärt, ein völliger Abbau sei nicht vertretbar, da man noch nicht wisse, wie sich die Rüstungsausgaben entwickeln könnten. So bleibt uns die Steuer, die man morgen wieder heraufsetzen kann, und es bleiben uns die

Verwaltungskosten erhalten.

Mittlere und kleine Einkommen entlasten !

Ein harter Streit wird sich in den Ausschüssen noch um die Gestaltung der Lohn- und Einkommensteuertarife entspinnen. Der SPD geht es darum, die Freigrenze stark zu erhöhen, um gerade die mittleren und kleineren Einkommen zu entlasten. Der Koalition geht es darum, die grossen Einkommen besonders zu begünstigen, wie schon bei den beiden Steuerreformen zuvor. Doch hat die Regierung in ihrer Erklärung weder zu den Verbrauchs- noch zu den Einkommensteuern etwas konkretes gesagt. Man will eine echte Debatte über echte konjunkturpolitische Massnahmen nicht haben und auch nicht zugeben, dass gerade die steuerliche Begünstigung der grossen Einkommen in der Vergangenheit, die Begünstigung gewisser Investitionen und Abschreibungen, zu den Gefahren für Währung und Konjunktur geführt haben, die Anlass geben, sich im Bundestag mit diesen Problemen zu beschäftigen.

Kein edler Wettbewerb

Gegensätzliche Auffassungen zwischen SPD und Koalition drücken sich auch in den Anträgen auf Rentenerhöhung aus. Der 12,5 prozentigen Erhöhung aller Renten, die von der SPD beantragt wurde, hat die CDU/CSU einen Vorschlag entgegengestellt, demzufolge das Rentenzulagegesetz geändert werden soll. Nach diesem Gesetz sind schon damals die Bezahler geringer Renten stark benachteiligt worden. Setzt sich die CDU durch, so ist im günstigsten Falle eine jährliche Rentenerhöhung von höchstens 20.-- DM zu erwarten, in den meisten Fällen jedoch weniger.

Es ist kein edler Wettbewerb in konjunkturpolitischen Vorstellungen und zur Rettung der Konjunktur, in die die Koalitionsparteien mit der SPD getreten sind. Im Gegenteil! Es steht zu erwarten, daß sich manche wirtschaftliche Situation noch verschärft, wenn sich die Koalitionsanträge in Gesetzen und Verordnungen niederschlagen. Man trat nicht zur SPD in Konkurrenz, sondern nur in einen unlauteren Wettbewerb, indem man von vornherein mehr versprach, als man zu halten die Absicht hatte. Die Geschädigten in diesem Wettbewerb können einmal die Konjunktur, - und werden sicher, - wie immer - die kleinen Leute sein.

19.10.1955

Pankow und die Heimkehrer

EZ-Berlin

Die Heimkehr der Kriegsgefangenen und auch der ersten politischen Häftlinge aus der Sowjetunion hat das Pankower Regime in zunächst vorwiegend psychologische Schwierigkeiten gestürzt, die erneut die totale Isolierung der SED und ihrer Satelliten von der Masse der Bevölkerung zeigen. Für das Pankower Regime ist die Angelegenheit besonders peinlich deshalb, weil die sowjetischen Freunde es sind, die ihnen dieses Dilemma bereiten.

Da ist zunächst die Tatsache, dass Moskau nicht nur die zurückgehaltenen Kriegsgefangenen, sondern auch die durch sowjetische Tribunale wegen "politischer Vergehen" Verurteilten zurückzuschicken beginnt, bevor die in den Moskauer Vereinbarungen festgelegten "Namenslisten" von der Bundesregierung überreicht worden sind. Für Pankow ist diese Freilassung der politischen Häftlinge umso Überraschender, als sich darunter auch Häftlinge befinden, die im Zusammenhang mit dem 17. Juni von sowjetischen Militärgerichten verurteilt wurden. Wie wenig der "Arbeiter-Regierung" Grotewohl-Ulbricht im Augenblick an einer Geste, wie sie die Freilassung dieser politischen Häftlinge darstellen würde, gelegen ist, zeigt die Tatsache, dass die für den 6. Jahrestag der "Deutschen Demokratischen Republik" in den Zonen-zuchthäusern erwartete Amnestie ausgeblieben ist. Nachdem nun aber die Moskauer Regierung auch den Politischen die Freiheit wiedergibt, wird sich Pankow in die Zwangslage versetzt sehen, nachzuziehen, obwohl eine solche Geste im gegenwärtigen Zeitpunkt keineswegs das Prestige Pankows erhöhen kann.

Auch mit der Heimkehr der Kriegsgefangenen selbst hat das Pankower Regime seine Plage. Es ist für das ZK der SED zwar ein Leichtes, durch entsprechende Anweisungen an die Zonenpresse den begeisterten Empfang, den man in Friedland den Heimkehrern bereitet, als eine Demonstration "militärischer Kreise" hinstellen zu lassen, aber gegen das Echo, das diese Heimkehr bei der Zonenbevölkerung findet, gibt es im Diktatur-Staat Ulbrichts eben nur drakonische

Mittel. So kam es zu jenen, für dieses Regime so bezeichnend painlichen Szenen. Im Auffanglager Fürstenwalde, wohin zunächst alle Heimkehrer gebracht werden, wurden die selbst aus ferneren Teilen der Zone herbeigeeilten Bewohner mit Gewalt an einem Kontakt mit den Heimkehrer gehindert. Wenn der Weitertransport der Heimkehrer nach Westdeutschland fast ausschliesslich während der Nacht durchgeführt wird, um auf diese Weise eine Begrüßung dieser Transporte durch die Zonenbevölkerung unmöglich zu machen, so zeigt sich auch darin, wie sehr das Regime diese Heimkehr der Gefangenen als eine Gefährdung seines Prestiges betrachtet.

Entküllend für das Regime wirkt auch der Widerspruch, der in der Behauptung der SED-Presse liegt, jeder Heimkehrer könne über seinen künftigen Wohnort in West oder Ost frei entscheiden, während auf der anderen Seite im Auffanglager Fürstenwalde die Heimkehrer bis zu 12 Stunden unter Druck gesetzt werden, sich für den "Arbeiterstaat" Ulbrichts zu entscheiden. Wenn keine Angehörigen mehr in der Zone wohnen, ist ein solcher Versuch von vornherein illusorisch und wird dann meist auch unterlassen. Wer aber seine Familie in der Zone hat, kann sich in Fürstenwalde dem Weitertransport in den sowjetzonalen Wohnort seiner Angehörigen kaum widersetzen. Aber dieser Weitertransport auf DDR-Boden bleibt oft nur eine Zwischenstation. Bis zum Wochenende war jeder fünfte Heimkehrer, der sich beim DRK in Westberlin meldete, ein Zurückgekehrter, der zunächst von Fürstenwald in einen Zonenort gebracht worden, von dort aber sofort wieder nach den Westsektoren Berlins verflüchtet war.

Pankow lässt nichts unversucht, um diese "Heimkehrer-Flucht" nach dem Westen zu bremsen. Die Kontrollen auf der Eisenbahn wurden in den letzten Tagen wesentlich verschärft. Die "Nationale Front" aber hat den Auftrag erhalten, jeden einzelnen Zonenheimkehrer entsprechend propagandistisch zu bearbeiten. Vor allem, wenn es sich um ehemalige Offiziere handelt, werden sie von "Kameraden", die meist in der "Nationaldemokratischen Partei" organisiert sind, umworben. Man verspricht den Heimkehrern einen vierwöchigen kostenlosen Erholungsurlaub und danach eine gute Anstellung im staatlichen Dienst. Und dies geschieht alles nur, um dem Drang nach dem Westen entgegenzuarbeiten, der für das Parkower Regime so entlarvend wirkt. * * *

Durch ein Versehen ist der Verfasser des im gestrigen Pressediens erschienenen Artikels: 'Hoffmanns Kronzeuge - Adenauer' nicht genannt worden. Den Artikel schrieb Günther Markscheffel, Chefredakteur der "Freiheit", Mainz. Die Redaktion.

Verantwortlich: Peter Raunau